

DKP Berlin - Gruppe Pankow

Einladung

zu öffentlichen **Diskussionsveranstaltungen:**



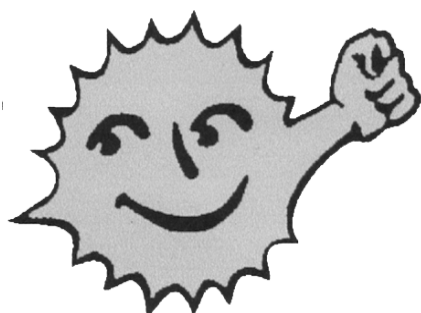
Montag, 8. August,

19 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1 (Nähe Ostbahnhof), Raum 341

Kernenergie: Missbrauch, große Erwartungen, Irrtümer, bleibende Bedrohungen

Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. Nina Hager, stellvertretende Parteivorsitzende der DKP (Wissenschaftsphilosophin, Dipl.-Physikerin), anlässlich der Jahrestage der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki

Im Anschluss **Filmvorführung** „Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit“



Atom-Mafia abschalten!

sozialistischen Bedingungen jedoch noch ausdrücklich bejaht.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland gab es sehr früh eine Bewegung gegen die drohende Atomkriegsgefahr und die Stationierung von Atomwaffen auf dem Territorium der Bundesrepublik. Nach ihrer Gründung hat die Deutsche kommunistische Partei (DKP) gemeinsam mit den anderen Kräften der Friedensbewegung diesen Kampf fortgesetzt, sich aber zugleich gegen die Nutzung der Kernenergie in der BRD gewandt: Mit der Etablierung einer westdeutschen Atomwirtschaft entstand die Option für eine spätere eigenständige Verfügungsgewalt des deutschen Imperialismus über Atomwaffen. Im Parteiprogramm der DKP von 1978 wurde die Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken unter

Kritiker der DKP aus der Anti-AKW-Bewegung haben deshalb der Partei ihr Engagement in der Bewegung als halbherzig vorgeworfen. Nach der Katastrophe von Tschernobyl hat die DKP ihre Positionen im Hinblick auf die friedliche Nutzung der Kernenergie überdacht und korrigiert; der Kampf gegen Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel geht weiter. Seit ihrem 9. Parteitag 1989 fordert die DKP den weltweiten Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie für die Stromerzeugung. Im 2006 beschlossenen Programm der Partei heißt es denn auch: „Kommunistinnen und Kommunisten engagieren sich im Widerstand gegen die Ursachen der Klimakatastrophe, Zerstörung ökologischer Systeme, Verschwendung von Ressourcen, Beherrschung der Energievorräte durch die Monopole und gegen Atommülltransporte. Die DKP fordert den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie...“

Nina Hager spricht und diskutiert mit uns über die Geschichte der Entdeckung der Kernspaltung, über die Ursachen und Folgen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, über übertriebenen Erwartungen im Zusammenhang mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie und den schweren Weg der Erkenntnis, den Kommunistinnen und Kommunisten in dieser Frage gehen mussten.

Mittwoch, 17. August,

19 Uhr, Schankwirtschaft BAIZ, Christinenstr. 1 /Ecke Torstr. (U-Bhf. Rosa-Luxemburg-Platz)

Steigende Mieten stoppen – oder, wem gehört die Stadt?

Diskussionsveranstaltung mit den Referenten Joachim Oellerich und Hermann Werle von der Berliner MieterGemeinschaft

--

Mit dem aktuellen Mietspiegel ist es amtlich: Wohnen in Berlin wird immer teurer. Dies betrifft insbesondere die Innenstadtbezirke wie u. a. Prenzlauer Berg und dort v. a. Wohnraum im unteren Preissegment. Menschen mit geringem Einkommen, RentnerInnen, Hartz-IV- BezieherInnen etc. werden zum Auszug aus ihren Wohnungen gezwungen. Aber selbst Menschen mit sogenannten mittleren Einkommen sind zunehmend gezwungen, ihre Wohnsituation zu überdenken.

Folge der Politik des rot-roten Senats – Einstellung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus, weitere Privatisierungen, Verteuerung der „Nebenkosten“ (z. B. über Wasserpreise, Kosten für die Straßenreinigung, Müllbeseitigung) – ist eine dramatische Verknappung an bezahlbarem Wohnraum.

Aus dem Wahlprogramm der DKP Berlin zu den Abgeordnetenhauswahlen:

Berlin ist eine Mieterstadt und soll es auch bleiben, jedoch werden immer mehr Mietwohnungen zu einem Luxusgut. Allein seit 2009 sind die Preise bei Neuvermietungen im Neubaubereich um 13,7 % gestiegen – insgesamt um über 25 % in den letzten 10 Jahren. Der Grund für steigende Mieten liegt auf der Hand: Die Einwohnerzahl Berlins steigt, die Haushaltsgrößen schrumpfen und statt Wohnungen zu erschwinglichen Mieten werden Luxuswohnungen mit entsprechenden Renditeerwartungen gebaut. Die Investition in bestehende Immobilien verspricht den Investoren angesichts der Wohnraumverknappung steigende Mieten und somit steigende Profite. Die Regierenden in Berlin unterstützen diese Politik aktiv: Seit 1990 wurden 230.000 Wohnungen privatisiert. Wenn die Führung der LINKEN zusammen mit der SPD sich jetzt im Wahlkampf für eine „Rekommunalisierung“ öffentlicher Betriebe stark macht, entlarvt die reale Politik des SPD/LINKE-Senats solche Wahlversprechen als Lüge. Fakt ist: Nie in der Geschichte Berlins wurden mehr Wohnungen privatisiert als unter dem SPD/LINKE-Senat. Die Folgen dieser Politik bekommen vor allem Hartz IV-Empfänger, Beschäftigte im Niedriglohnbereich, alleinerziehende Mütter und Jugendliche zu spüren: Sie verlieren ihr Recht auf bezahlbaren Wohnraum innerhalb des S-Bahnringes, wie es Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer (SPD) erklärte.

Die DKP Berlin fordert den sofortigen Stopp jeglicher Privatisierungen öffentlichen Wohnungseigentums, den Wiedereinstieg in den kommunalen sozialen Wohnungsbau und setzt sich für eine sofortige Mietabsenkung der Angebotsmieten bei landeseigenen Wohnungsunternehmen wie „Stadt und Land“ auf Mietspiegelniveau sowie einen allgemeinen unbefristeten Mietstopp ein. Gleichzeitig unterstützt die DKP Berlin jeglichen Widerstand gegen Mietensteigerungen – vom Mietboykott bis zur Besetzung leerstehenden Wohnraums.

<http://pankow.dkp-berlin.info/>

V.i.S.d.P.: Nina Hager, Franz Mehring Platz 1, 10127 Berlin

